

NZZ.CH

Neue Zürcher Zeitung

9.2.2014

Einwanderungsdebatte

«Christoph Blocher ist ein Cleverle»

Interview: Fabian Fellmann 9.2.2014



Der Präsident des EU-Parlaments, Martin Schulz, lobt und tadelt die Schweiz für ihre Einwanderungsdebatte. (Bild: Patrick Seeger / Keystone)

Der Präsident des EU-Parlaments lobt und tadelt die Schweiz für ihre Einwanderungsdebatte. Ein Ja zur SVP-Volksinitiative würde ihren wirtschaftlichen Erfolg gefährden, sagt Martin Schulz.

NZZ am Sonntag: Die Schweizer stimmen über die Masseneinwanderungsinitiative der SVP ab. Was sagen sie damit über ihr Verhältnis zur EU aus?

Martin Schulz: Die Schweizer äussern sich zuallererst über die Zuwanderung in ihr Land. Diese ist aber kein spezifisch schweizerisches Problem – das Phänomen der Skepsis gegenüber der Zuwanderung zeigt sich derzeit in ganz Europa.

Bemerkenswert finde ich, wie differenziert die Diskussion in der Schweiz ablief, gerade im Vergleich zur simplifizierenden Art, wie in anderen Ländern debattiert wurde.

Das sagen Sie als Deutscher? Ihre Landsleute hier sehen das anders.

Dafür sind einzig Christoph Blocher und seine Partei verantwortlich. Die SVP findet immer einen Sündenbock. Aber Blocher kann nicht für sich reklamieren, er spreche für die ganze Schweiz. In meinen Gesprächen haben sich Schweizer Politiker und Wirtschaftsvertreter sehr differenziert geäussert. Zudem habe ich

auch Verständnis für die Debatte, weil die Schweiz mit einem Ausländeranteil von über 20 Prozent ein grosszügiges Einwanderungsland ist.

Inwiefern haben Sie Verständnis?

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Einwanderung Probleme mit sich bringt. Die Schweiz wird dabei in gewisser Weise zum Opfer ihrer wirtschaftlichen Stärke. Sie zieht als eines der weltweit erfolgreichsten Länder neue Unternehmen und Arbeitnehmer an. Dass dies zu mehr Staus, steigenden Mieten, höheren Lebenshaltungskosten und zunehmenden Umweltschäden führt, ist das Ergebnis der sich ändernden Wirtschaftsstruktur. Diese kennen aber alle wirtschaftlich erfolgreichen Ballungszentren. Die Masseneinwanderungsinitiative kann dieses Problem darum nicht lösen. Man muss ihm mit kluger Infrastrukturpolitik und Städteplanung begegnen.

In der EU verläuft die Einwanderungsdebatte teilweise gehässig. Sehen Sie auch in der Schweiz fremdenfeindliche Tendenzen?

Es kommt sehr darauf an, mit wem man spricht. In der Schweiz gibt es offen fremdenfeindliche Parolen und Leute, denen man lieber nicht begegnen würde. Ich lese Organe der Blocher-Presse, die vor Fremdenfeindlichkeit strotzen. Insgesamt aber ist die Debatte von viel höherer Qualität als in anderen Ländern. Vor allem erlebe ich sie als weniger emotional und aufgeheizt als jene zur Ausschaffungsinitiative.

Falls die Schweizer Ja stimmen – wie sehr beschädigen sie damit die Beziehung zur EU?

Die EU muss ihre Charta der Grundrechte achten und dafür sorgen, dass die Grundfreiheiten nicht beschränkt werden. Wir müssten darauf beharren, dass die Personenfreizügigkeit nicht limitiert würde. Ich möchte nicht spekulieren, aber ich denke, dass die EU die bilateralen Verträge nicht von sich aus kündigen würde. Wenn schon, müsste die Schweiz die Verträge auflösen, weil durch Veränderungen in ihrem Recht ein Problem entsteht. Die Schweiz würde also kein einziges Problem lösen mit der Initiative, aber viele neue schaffen. Das Hauptproblem entstünde ausgerechnet in der Beziehung zur EU, obwohl eine der Ursachen für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz die enge Verzahnung der Schweiz mit der EU, vorab mit der Bundesrepublik Deutschland, ist.

Die Schweiz würde wieder als Rosinenpickerin verstanden?

Ich will den Begriff Rosinenpickerei vermeiden. Die Schweiz ist ein Land, das berühmt ist für seinen Pragmatismus. Man kann keinem Land verbieten, das Beste für sich auszuwählen. Man kann aber auch den anderen Ländern nicht verbieten,

das abzulehnen. Die EU könnte auf ein Ja der Schweiz zur Masseneinwanderungsinitiative nicht erfreut reagieren.

Die Personenfreizügigkeit ist auch in der EU umstritten. Was bewirkt die Schweizer Abstimmung?

Ich fürchte, dass ein Ja in der Schweiz eine weitere Runde der Freizügigkeitsdebatte in der EU auslösen würde. Radikale würden sich des Abstimmungsergebnisses bemächtigen. Ein Nein hingegen würde belegen, dass auf einem wichtigen Industrie-, Dienstleistungs- und Finanzplatz die Bevölkerung erkennt, dass die Personenfreizügigkeit eine wichtige Errungenschaft des 21. Jahrhunderts ist.

Sie gelten als Spitzenkandidat der Sozialdemokraten für das Kommissionspräsidium der EU. Welche Haltung würden Sie der Schweiz gegenüber einnehmen?

Die EU kann von der Schweiz eine Menge lernen. Ihr Land schafft es auf erstaunliche Weise, kulturelle, geografische und wirtschaftsstrukturelle Unterschiede miteinander zu versöhnen und auszugleichen. Vielleicht werden wir in der EU mehr von der direktdemokratischen Tradition der Schweiz übernehmen, auch wenn diese nicht direkt auf die EU übertragbar ist. Eine Möglichkeit, die EU demokratischer zu machen, sehe ich im Prinzip der doppelten Mehrheit: Entscheide bedürften sowohl der Zustimmung der Mitgliedsländer im Ministerrat als auch der Volksvertretung im Parlament. Schliesslich ist die Schweiz auch ein Übergangsland in Europa, das stark von der romanischen und von der germanisch-alemannischen Kultur beeinflusst ist.

Die Schweiz fürchtet, diese Besonderheiten zu verlieren, wenn sie näher an die EU rücken würde.

Das Gegenteil wäre der Fall. Die jahrhundertealte Geschichte der Schweizer als freiheitsliebendes Volk, das gleichzeitig in seinen Traditionen verankert und kulturell avantgardistisch ist, würde durch eine EU-Mitgliedschaft nicht tangiert. Natürlich behauptet die SVP etwas anderes. Aber Blocher ist ein Cleverle, wie man in Baden-Württemberg sagen würde. Er ist zum Milliardär geworden, weil er die Globalisierung verstanden hat, und er nutzt seine politische Macht, um seinen Reichtum abzusichern. Dafür macht er glauben, die Globalisierung lasse sich bremsen, indem man sich auf Wilhelm Tell zurückzieht.

Sie äussern wie viele EU-Vertreter Bewunderung für die Schweiz, deren Staatsverständnis aber von der EU immer wieder angegriffen wird – etwa im Steuerdossier.

Ich bin überrascht, dass sich die Schweizer Politiker in Steuerdiskussionen von der EU kujoniert fühlen, vor allem angesichts des Kommando-Tons, welchen die USA beim selben Thema wählen. Bei Fatca haben die Schweizer für die Amerikaner sofort die Hacken zusammengeschlagen, die EU hingegen kritisieren sie. Die EU ist zwar gut beraten, auf die Schweizer Traditionen im Steuerrecht Rücksicht zu nehmen. Die Schweiz sollte aber ihrerseits versuchen, Transparenz zu schaffen. Für die EU-Institutionen ist das Transparenzgebot im Kampf gegen Steuerflucht identitätsstiftend. Die Schweiz hat zudem ein hohes Interesse an wirtschaftlicher Stabilität in der EU. Diese ist durch Steuerungerechtigkeit stark gefährdet.

Würden Sie als Kommissionspräsident ein bilaterales Rahmenabkommen vorantreiben?

Von jeher stehe ich für ein Rahmenabkommen ein. Ich bin sonst hoch skeptisch, ob man im multiplen Bilateralismus noch viel weiterkommt. Es kann nicht sein, dass die Schweiz nur nimmt, was ihr nützt, und die EU auf allem anderen sitzenbleibt.

Wünschen Sie sich den EU-Beitritt der Schweiz?

Die Schweizer sollen zunächst einmal über die Masseneinwanderungsinitiative abstimmen. Danach können wir weiterdiskutieren.

MEHR ZUM THEMA

Ueli Maurer zu Chancen und Gefahren der Zuwanderung

Die SVP lässt kein gutes Haar an der Personenfreizügigkeit

23.11.2013, 16:01 Uhr

Streitgespräch zur SVP-Initiative

Markt oder Politik für die Zuwanderung?

14.1.2014

Toni Brunner über den SVP-Sieg

«Ein Wendepunkt»

10.2.2014, 09:23 Uhr

Analyse des Abstimmungsresultats

Je weniger Ausländer, desto höher die Zustimmung

11.2.2014, 07:00 Uhr

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTE SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.